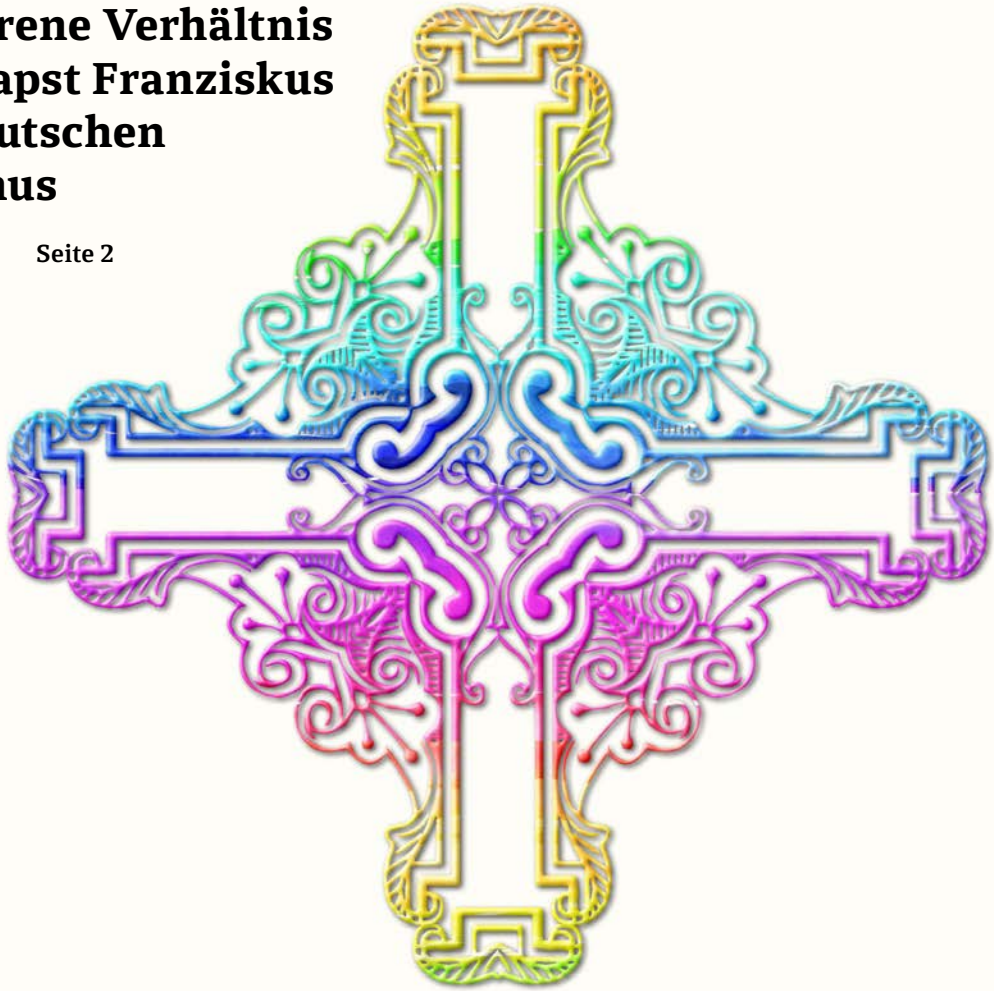
DER HAUPTSTADTBRIEF

Herausgegeben von Ulrich Deppendorf und Ursula Münch

Stolz und Vorurteile

Das verworrene Verhältnis zwischen Papst Franziskus und dem deutschen Katholizismus

Von Peter Frey Seite 2



25. März 2023

Gremienkatholiszismus: Synodalversammlung der katholischen Kirche in Frankfurt.

Vatikanischer Populismus

Warum Franziskus und Deutschland schlecht zusammenpassen

Von **Peter Frey**

Als Jorge Bergoglio vor zehn Jahren vom Balkon des Petersdoms die Menge mit einem schlichten „buona sera“ begrüßte, war die Welt entzückt. Schon der Name, den er als Papst gewählt hatte, war Programm: Franziskus. Der Mann „vom Ende der Welt“ nahm sich den Bettelmönch aus dem 13. Jahrhundert zum Vorbild. Eine revolutionäre Geste, die er mit einprägsamen Symbolen verband. Er verzichtete auf Insignien wie die von seinem Vorgänger Benedikt so geliebte Hermelinkappe, fuhr im kleinen Fiat statt in Staatskarossen, zog zwei Zimmer im vatikanischen Gästehaus dem Papstpalast vor und sprach Worte, die wie eine Kampfansage an die Kurie klangen: „Der Karneval ist vorbei.“ Da kam Hoffnung auf.

Zehn Jahre später scheint der 86-Jährige nicht nur körperlich an die Grenzen seiner Möglichkeiten gekommen zu sein. Die Erwartungen einer Reform der Kirche sind verflogen. Zwar hat Franziskus bei seinen Kardinalsernennungen wie keiner seiner Vorgänger die fernsten Weltgegenden berücksichtigt und seine Kirche tatsächlich von den Rändern her neu aufgestellt. Doch die Macht der Kurie in Rom scheint ungebrochen, die katholische Kirche, mittlerweile die größte Glaubensgemeinschaft mit mehr als 1,3 Milliarden Anhängern und vor allem im Süden wachsend, ist gespaltener denn je. Zwischen aggressiv-reaktionären Würdenträgern in den USA, die den katholischen Präsident Joe Biden wegen seiner Haltung zur Abtreibung von der Kommunion ausschließen wollen, und verzagt-liberalen Deutschen wirkt der Papst hilflos. Sein immer noch sympathisch-zugewandter Duktus hat ihm nicht geholfen, die in zahlreichen Ungleichzeitigkeiten feststeckende Kirche zusammenzuführen. Auf Konflikt-

Titel: shutterstock.de/Sunfrat. S.2: picture alliance / epd-bild | Tim Wegner

NEU DENKEN.
MIT VOLLER ENERGIE.
GASAG
SEIT ÜBER 175 JAHREN AN EURER SEITE. WEIL UNS JEDER KIEZ AM HERZEN LIEGT. AUCH DER GRÖSSTE.
Energiewende. Gemeinsam für Berlin.
Schon heute unsere Zukunft.
www.gasag.de/energiewende

INGE
KLOEPFER

AUF DEN *ZWEITEN* BLICK

ist freie Journalistin sowie Buch- und Filmautorin. Sie schreibt u.a. für die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* und veröffentlichte bisher zahlreiche Bücher und mehrere Filme.

Hohe Kante, abgeflacht

Der Schock der Übernahme der Credit Suisse durch die UBS wird nachhallen. Denn dadurch wird eine der weltweit 30 Banken verschwinden, die als systemrelevant bezeichnet werden. Immerhin haben Politik, Notenbanken und Wettbewerber aus dem klassischen Lehrbuchfehler von 2008 gelernt, als die amerikanische Regierung und führende Investmentbanker beschlossen, an Lehman Brothers ein Exempel zu statuieren und das schlingernde Finanzinstitut in die Insolvenz zu schicken. Heute wissen es alle besser: International agierende Großbanken dürfen nicht pleitegehen.

Auch die rasche Reaktion der amerikanischen Regierung auf den Kollaps der Silicon Valley Bank mit einer unbegrenzten Einlagengarantie hat zu einer oberflächlichen Beruhigung der Märkte beigetragen. Aber wie lange? Angeblich befinden sich weit mehr als hundert amerikanische Regionalbanken in ähnlich prekärer Lage. Die Zinswende und in der Folge die Kursverluste vor allem bei Anleihen bescheren den Banken einen hohen Abschreibungsbedarf. Um diese Abschreibungen zu verkraften, sind die Eigenkapitalquoten mancher Banken womöglich zu gering.

Der Zinsdruck der Notenbanken wird vorerst bleiben. Wie sich daraufhin in den nächsten Wochen die Kurse entwickeln, weiß niemand. Aber eines wissen alle: Ein neuerlicher Vertrauensverlust der Marktakteure kann die Kurse weiter stürzen und damit neuen Abschreibungsbedarf entstehen lassen, den noch mehr Banken womöglich nicht verkraften.

An dieser Stelle sei etwas Nostalgie erlaubt. Banken, die heute nur mit einer im Vergleich zu Unternehmen verantwortungslos geringen Eigenkapitalausstattung im unteren einstelligen Prozentbereich agieren, waren – zumindest in Deutschland – für solche Krisen schon mal besser gerüstet. Das ging auf die hohen stillen Reserven zurück, die sie in ihren Bilanzen nach nationalen Rechnungslegungsvorschriften nolens volens bilden mussten. Der deutschen Rechnungslegung liegt das Niederstwertprinzip zugrunde: Die Unternehmen sollen sich lieber ärmer rechnen, als sie tatsächlich sind – eine Idee kaufmännischer Vorsicht. Doch Mitte der Nuller-Jahre wurden für kapitalmarktorientierte Unternehmen internationale Bilanzierungsregeln verpflichtend, nach denen fortan zu Marktpreisen bewertet werden musste, was in den Bilanzen stand. Seither findet die Volatilität an den Finanzmärkten fortlaufend ihren Niederschlag in den Rechenwerken großer Unternehmen und natürlich allen voran der Finanzinstitute.

Dass sich dies zu einem veritablen Problem auswachsen würde, hätte man ebenfalls spätestens in der Finanzkrise 2008 lernen können. Nach dem Zusammenbruch der amerikanischen Bank Lehman Brothers sagte der damalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück der *Frankfurter Allgemeinen* in einem Interview mit der Autorin: „Mit den Bilanzierungsregeln nach dem Handelsgesetzbuch, mit einer Bewertung von Vermögen zum niedrigsten Wert sähe es wohl nicht so schlimm aus.“ Er ging sogar noch weiter: „Die internationalen Bilanzregeln wirken prozyklisch. Sie verschärfen Krisen.“

Doch schon damals war klar: Das Rad ist nicht mehr zurückzudrehen. Die internationalen Bilanzierungsvorschriften, die – durchaus in guter Intention – darauf ausgelegt sind, durch die Pflicht zu aktueller Marktbewertung in der Rechnungslegung ein aktuelles und realitätsgetreues Lagebild des Unternehmens zu liefern, haben sich durchgesetzt. Stille Reserven in Milliardenhöhe gibt es nicht mehr. Die Downside dessen könnten wir nach 2008 nun ein weiteres Mal deutlich zu spüren bekommen. ■

fragen wie den Umgang mit Homosexuellen antwortet er zwar in Interviews ungewohnt persönlich („Wer bin ich, um über ihn zu richten?“) – seine Kraft reicht aber nicht, um Homosexualität aus dem katholischen Sündenkanon zu streichen. Franziskus ist mehr Pastor als Politiker – Führung zu übernehmen wäre aber nötig, damit die Kirche Jahrzehnte der Selbstbeschäftigung hinter sich bringen, Anschluss an die Moderne finden und wieder ein über sich selbst hinaus wirkender Faktor werden kann.

Besonders schwierig entwickelte sich das Verhältnis zur deutschen Kirche. Mehr als einem Gast aus dem Land der Reformation hat er mitgegeben, eine protestantische Kirche sei genug. Er verletzte damit sowohl ökumenische Empfindlichkeiten, erschwerte aber auch die Erneuerung der durch tausende Missbrauchsfälle schwer angeschlagenen deutschen Kirche. Dabei geriet Franziskus immer mehr in Widersprüche. Zuerst forderte er regionale Verantwortung ein und schien damit der Realität einer Kirche, die in Erster und Dritter Welt, vor- und postmodernen Gesellschaften gleichzeitig unterwegs ist, gerecht zu werden. Aber er zuckte immer zurück, wenn Stützpfeiler der katholischen Doktrin ins Rutschen kamen. Prägnantestes Beispiel: Zunächst ermutigte

er eine „Amazonas-Synode“, Antworten auf die Realität eines pastoralen Raums fast ohne Priester zu finden, dann schob er Vorschläge aufs Wartegleis, dass auch verheiratete Männer zu Priestern geweiht werden und Eucharistiefeiern vorstehen können.

In Widersprüche zwischen geforderter Regionalisierung und vatikanischer Maßregelung geriet auch die deutsche Kirche. Wie nie zuvor seit der Kirchenverfolgung unter Bismarck oder den Nationalsozialisten steht sie wegen der bis heute weder vollständig aufgeklärten noch aus Opfersicht bewältigten Missbrauchsfälle unter Druck und verliert Jahr für Jahr hunderttausende Mitglieder. Der Glaubwürdigkeitsverlust ist enorm, die Teilnahme an Gottesdiensten ist seit Beginn der Pandemie noch einmal zurückgegangen. Diese Krise war Ausgangspunkt für den sogenannten „Synodalen Weg“, der nach drei Jahren gerade in Frankfurt abgeschlossen wurde. Ziel war neben der Aufarbeitung des Missbrauchs, die seit Jahrzehnten ungelösten Fragen in einen strukturierten Dialog zwischen gewählten katholischen Laien und Bischöfen zu bringen: Rolle der Frau, Umgang mit Homosexuellen, Priestertum und Ehelosigkeit, Pastoral für wiederverheiratete Geschiedene. Die Endlosschleife ungelöster theologischer Themen nimmt selbst den engagiertesten Gläubigen die Luft zum Atmen. Ganz abgesehen davon, dass die Kirche als moralische Instanz für die Gesellschaft oder Wertevermittlerin angesichts von Krieg und Klimakrise praktisch ausfällt.

Während selbst die konservativsten deutschen Bischöfe vor dem Hintergrund des drohenden Verlusts von Privilegien wie dem Kirchensteuerverfahren, der Bezahlung der Bischöfe durch den Staat oder der Mitwirkung an gesellschaftlichen Aufgaben im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips nur noch im Dialog mit den Laien Rettung sahen, entwickelte der Vatikan die Idee einer Art Welt-Synode. Aber unter ganz anderen Vorzeichen: Auf jedem Kontinent sollten Gläubige ihre Sicht auf Kirche und Gesellschaft zusammen- und den jeweiligen Regionalbischöfen vortragen, als Grundlage für einen Veränderungsprozess, in dem schließlich der Papst das letzte Wort hat. Vielerorts haben diese Synoden begonnen, auch in Europa, wie kürzlich in Prag. Dort prallten katholische Welten heftig aufeinander. Suchte die Kirche in Deutschland nach einer offenen Haltung gegenüber LGBTQ-Menschen, wurden beispielsweise in Polen schwulenfreie Zonen ausgerufen und rabiate Homosexuellen-feindliche Parolen kirchlich abgesegnet. Der Vatikan verhinderte das nicht. Die regierende PiS wird Gender- und Identitätsfragen im Wahlkampfjahr 2023 in den Vordergrund stellen und darf dabei auf klerikale Unterstützung hoffen. Aus Ungleichzeitigkeiten sind handfeste innerkirchliche Widersprüche geworden. Durch sein Schweigen hat Franziskus einen katholischen Kulturkampf eskalieren lassen.

Zwischen Franziskus und Deutschland steht über die Inhalte hinaus ein grundverschiedener Ansatz zum Verhältnis zwischen Kirchenvolk und Bischöfen. Franziskus spricht oft vom „pueblo de dios“ in der pastoralen und sozialrevolutionären Tradition der lateinamerikanischen Kirche. „Sich mit dem Volk Gottes auf den Weg machen“ – das wurde zu einer Formel, die in den 1970er- und 1980er-Jahren mit Protagonisten wie Ernesto Cardenal oder dem Befreiungstheologen Gustavo Gutiérrez bis nach Deutschland wirkte. Doch während sich in Lateinamerika Bischöfe mit Amtsautorität schützend vor politisch und ökonomisch marginalisierte Menschen stellten und die „Option für die Armen“ wählten (es gab auch andere, die auf Seiten der Unterdrückungsregimes blieben), waren in Europa, vor allem in Deutschland, die Verhältnisse doch ganz anders.

Deutsche Katholiken haben in der Folge der 1848er-Revolution basisdemokratische Mitwirkungselemente eingeübt und schon 1868 das „Zentralkomitee der Katholiken“ als Vertretung der katholischen Laien gegründet. Ein in viele Gesellschafts- und Berufsschichten auskragendes Vereins- und Verbandswesen wurde entwickelt, Parteien kamen dazu. Im Kern ist das System bis heute erhalten, wenn auch von deutlich geringerer Relevanz und politischer Strahlkraft als vor Jahrzehnten. Der „synodale Weg“ ist ein Produkt dieses spezifisch deutschen Kirchenverständnisses: eine Art von Parlament mit Delegierten, vereinbarten

Foto: picture alliance/dpa | Frank Rumpenhorst

Arbeitsregeln, festgelegten Redezeiten, alphabetischer Sitzungsordnung. So musste der Kölner Erzbischof Rainer Maria Woelki mitten unter den Delegierten ziemlich weit hinten Platz nehmen. Laien und Bischöfe gleichberechtigt, Mehrheitsabstimmungen (das Gremium wäre nicht katholisch, wenn es in bestimmten Fragen den Bischöfen kein Quorum zugebilligt hätte) – das ist fast das Gegenteil von der beschützend-paternalistischen Sicht auf das Verhältnis von Volk und Amtsträgern, die Franziskus aus Lateinamerika mitgebracht hat.

In Frankfurt war man stolz darauf, dass der synodale Weg ohne Eskalation mit kleinsten Kompromissen und gefügigen Bitten zu Ende ging. Hauptergebnis: Innerhalb von drei Jahren soll eine Richtlinie zur Segnung homosexueller Paaren erarbeitet werden, auch wenn diese Segnungen schon heute häufig Praxis sind. Offenbar wollte man der Weltkirchen-Synode Zeit lassen, der Papst sollte sein Gesicht wahren können.

Der Vatikan steht nun vor der Frage, wie er auf die Ergebnisse des synodalen Wegs reagiert. Einen Dialog auf Augenhöhe mit den deutschen Laien hat er bisher nicht nur verweigert, sondern sogar unterstellt, dass diese Art von repräsentativer Vertretung nicht adäquat für das Kirchenvolk sei. Quasi-demokratische Organisations- und Verfahrensfragen, zugespitzte Diskussionen und Forderungen passen schlecht zu dem verklärten, auf eine Art mythologisierten Verständnis des heutigen Papstes vom „Volk Gottes“ und dessen Verhältnis zu den Kirchenführern.

In der Politik versteht man unter Populismus ein zielgerichtetes, destruktives Misstrauen gegenüber Institutionen, das sich bestimmte Führer zu eigen machen, um ihre Interessen und politischen Ziele durchzusetzen. Leider scheint das auch für den einstigen Hoffnungsträger Bergoglio zu gelten. Aus ihm ist ein Papst geworden, der – jedenfalls in Bezug auf die Kirche in Deutschland – seine eigene Konzeption des Volks wichtiger nimmt als die Institutionen, die die Katholiken hierzulande sich selbst geschaffen haben. Von Franziskus hat Deutschland nicht viel zu erwarten. ■

Dr. Peter Frey war von 2010 bis 2022 Chefredakteur des ZDF und ist als frei gewählte Persönlichkeit Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken.

IMPRESSUM

Der Hauptstadtbrief ist eine wöchentliche Publikation von PrinzMedien

Verleger: Detlef Prinz
Herausgegeben von: Ulrich Deppendorf und Prof. Dr. Ursula Münch
Chefredakteur: Lutz Lichtenberger, V.i.S.d.P.
Kolumnen: Günter Bannas, Inge Kloepfer, Anne Wizorek
Layout: Gordon Martin
HSB-Icon [Quadriga]: Shutterstock.de/AVA Bitter

Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH
Tempelhofer Ufer 23-24 · 10963 Berlin
Tel. 030/21 50 54 00
info@derhauptstadtbrief.de www.derhauptstadtbrief.de
Redaktionsschluss 23. März 2023
© Der Hauptstadtbrief 2023

Seit 1968
INTERHOMES AG
Besser Bauen. Schöner Wohnen.

INTERHOMES SCHAFFT BEZAHLBAREN WOHNRAUM!

Günstige Kaufpreise in deutschlandweiten Wohngebieten!

Wir reagieren auf hohe Kaufpreise und die gestiegenen Zinsen, um junge Paare und Familien weiterhin von der Mietwohnung in die eigenen vier Wände zu begleiten. Wir machen Wohnen zukunftssicher und bezahlbar.

Blütengrund, Oldenburg

Wir sind Ihr starker Partner und bieten:

- 55 Jahre Erfahrung
- Zuverlässiger Rundum-Sorglos-Service
- Festpreisgarantie und garantierter Fertigstellungstermin
- Ausgezeichnete Bonität

MyLiving am Willakedamm, Bremen

Auf der Suche nach einem neuen Zuhause oder einer Kapitalanlage?

www.interhomes.de/immobiliensuche

Felderhof Quartier, Ratingen

INTERHOMES AG | Haferwende 36 A | 28357 Bremen | www.interhomes.de

GÜNTER
BANNAS

AUS DEM BANNASKREIS

ist Kolumnist des *Hauptstadtbriefs*. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Wahlen nach Zwischenzahlen

Der erste Entwurf von SPD, Grünen und FDP zur Verkleinerung des Bundestages war eine saubere Sache: Maximal 598 Abgeordnete statt 736, wie bisher 299 Wahlkreise. Eine Partei, die mehr als drei Wahlkreise gewinnt, sei weiterhin vom Fünf-Prozent-Erfordernis freigestellt. Um die Zahl der Abgeordneten konstant zu halten, war etwas Neues vorgesehen: Wenn eine Partei in einem Bundesland mehr Direktmandate gewinnt, als es das Zweitstimmenergebnis hergibt, sollten die „Wahlkreissieger" mit den schlechtesten Ergebnissen leer ausgehen. Es gab eine Expertenanhörung, und wie es bei solchen Anhörungen so ist: Die einen sagten dies, die anderen sagten das. Die CSU moserte, weil sie bisher regelmäßig mehr Wahlkreise gewann, als ihr nach dem prozentualen Abschneiden zustanden. Warum auch nicht? Hatte ein Kandidat seinen Wahlkreis wirklich gewonnen, wenn er das mit – zum Beispiel – 25 Prozent geschafft hatte? Doch alle Parteien waren gleichermaßen betroffen. Alle Fraktionen würden kleiner als bisher sein.

Alsbald aber merkten Parlamentarier von SPD und FDP, dass sie demnächst nicht mehr im Bundestag säßen. Sie konstruierten Argumente: Weniger Abgeordnete hieße mehr Arbeit für die Verbleibenden, und schon jetzt gebe es zu viel Arbeit. Sozialdemokraten aus Nordrhein-Westfalen und Brandenburg bearbeiteten ihren Fraktionschef Rolf Mützenich. Die Obergrenze wurde auf 630 erhöht, was auch ein Zugeständnis an die Unionsfraktion schien, weil das Risiko gemindert wurde, Wahlkreissieger könnten leer ausgehen. Die Regel, das Gewinnen von drei Wahlkreisen befreie von der Fünf-Prozent-Hürde, wurde abgeschafft. Vor allem die Linkspartei schien betroffen, weil sie künftig wohl nicht mehr im Bundestag vertreten wäre. Manche meinten, das sei zwar schade um Dietmar Bartsch, nicht aber um Sahra Wagenknecht. Und außerdem kämen künftig die Mandate der Linkspartei den anderen Fraktionen zugute. Lautstark war der Streit. Ziemlich spät erst registrierte die CSU, dass die Neuregelung auch ihr Ausscheiden aus dem Bundestag nach sich ziehen könnte – dann nämlich, wenn sie zwar alle Wahlkreise gewonnen hätte, bundesweit aber unter fünf Prozent geblieben wäre. 2021 waren es 5,2 Prozent. Aber Mehrheit war Mehrheit: SPD, Grüne und FDP setzten geschlossen die Verschlimmbesserung durch. Erstmals wurde ein Wahlgesetz verabschiedet, das erkennbar gegen die Interessen zweier Parteien verstößt: Das Ausscheiden der CSU ist möglich, das der Linkspartei ist vorprogrammiert.

Ob SPD und FDP vergaßen, was ihnen einst geblüht hatte? Mitte der 1950er-Jahre beabsichtigte die Adenauer-CDU, das sogenannte Grabenwahlrecht zu installieren. Alle Wahlkreisgewinner sollten in den Bundestag kommen, und dazu die gleiche Zahl von Abgeordneten nach der Zweitstimme. Die Union wollte damit ihre Mehrheit in Bonn zementieren. In Düsseldorf ließ die FDP die CDU/FDP-Landesregierung platzen. Auch Adenauers Regierung kam in schweres Wasser – und beerdigte das Vorhaben. 1966 dann verabredeten Union und SPD bei Bildung ihrer großen Koalition, das Mehrheitswahlrecht einzuführen. Es hätte das Aus der FDP bedeutet. Erst spät zog die SPD ihre Zusage zurück. Sie wurde belohnt. 1969 koalierte Willy Brandt mit der FDP. Übrigens: In der CDU-Führung war es allein Helmut Kohl, der das Mehrheitswahlrecht ablehnte. 1982 bildete er eine Koalition mit der FDP. Tempi passati.

Mindestens Ungereimtheiten bleiben. Zum Beispiel jene, dass parteiunabhängige Kandidaten gegenüber Parteikandidaten bevorzugt werden. Unabhängige Bewerber, die in ihrem Wahlkreis am besten abschneiden, kämen auf jeden Fall in den Bundestag, Wahlkreissieger von Parteien jedoch nur dann, wenn ihre Partei die Fünf-Prozent-Hürde gemeistert hat. Das mag nicht sonderlich praxisrelevant sein. Und Parteilose können ja auch bevorzugt werden, weil sie ohne den Rückhalt einer Großorganisation auskommen müssen. Doch eine Ungleichbehandlung bleibt.

Ein Pyrrhussieg der Koalition? Nichts ist gewiss, wenn sich Karlsruhe mit Sonderheiten des Wahlrechts befasst, auch wenn diese praxisferner Natur scheinen. Das negative Stimmgewicht war so ein Fall – eine Stimme für Partei A schadet genau dieser und nutzt der Partei B. Mathematiker hatten dieses Phänomen errechnet, das bei der Zuteilung und Verrechnung von Bundestagsmandaten vorkommen kann. Für taktische Wähler aber setzt es voraus, den exakten Ausgang der Wahl zu kennen – bei Stimmabgabe. Ein einziges Mal passierte das: 2005, als in Dresden wegen des Todes eines Direktkandidaten erst zwei Wochen nach der eigentlichen Bundestagswahl gewählt wurde. Gleichwohl: 2008 entschied das Bundesverfassungsgericht, das negative Stimmgewicht sei nicht mit der Gleichheit der Wahl vereinbar. Seither befassen sich die Spezialisten der Fraktionen alle Jahre wieder mit Wahlrechtsfragen.

Nun hat Bundespräsident Steinmeier zu prüfen, ob er das von den Koalitionsfraktionen geschlossen verabschiedete Gesetz ausfertigen will. Wird er den Kelch nach Karlsruhe weiterreichen? Auch auf die Richter dort kommt eine Zumutung zu. ■

Auslaufmodell AKP

Kann Kemal Kiliçdaroğlu mit einem Sechsparteienbündnis Präsident Erdoğan bei den Präsidentschaftswahlen in der Türkei am 14. Mai bezwingen?

Von **Wolfgang Günter Lerch**

Am 14. Mai wählen die Türken ein neues Parlament und – möglicherweise – einen neuen Staatspräsidenten. Es wäre für Recep Tayyip Erdoğan, den Führer einer islamistischen „Gegenelite“ (Rainer Hermann), eine Genugtuung, wenn die bisher herrschende Regierungspartei AKP die Wahlen gewönne und er selbst im Amt bestätigt würde. Und dies im hundertsten Jahr der Republik-Gründung durch Mustafa Kemal Atatürk.

Umfragen sind in der Türkei weitaus unsicherer als anderswo. Immerhin trauen die Institute der AKP noch ein Ergebnis von etwa „dreißig plus“ Prozent zu – mit Schwankungen nach oben. Erreichte sie dieses Ergebnis, wäre sie stärkste Partei und könnte mit ihren „Partnern“, der rechtsextremen MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) und der BBP (Partei der Großen Einheit), an der Macht bleiben. Dennoch ist ein Wechsel wahrscheinlicher geworden, denn es ist dem Oppositionsführer und Chef der sozialdemokratisch-laizistischen CHP (Republikanische Volkspartei), Kemal Kiliçdaroğlu, gelungen, ein Oppositionsbündnis zu schmieden. Es umfasst sechs Parteien und wird deshalb die „Sechsertafel“ genannt. Sie besteht – neben der CHP – aus der Deva-Partei und der Iyi Parti (Gut-Partei) von Meral Akşener sowie drei kleinen Parteien. Der IP traut man elf Prozent zu, der CHP 25 bis 28. Zusammen mit der Deva und den Kleinen könnte es für die Opposition reichen, vorausgesetzt, sie zerstreitet sich nicht. Große Unbekannte ist die prokurdische HDP, die von der „Sechsertafel“ ferngehalten werden soll, aber vielleicht gebraucht wird. Bei der Präsidenten-Frage liegt der Oppositionsführer deutlich vor Erdoğan.

Herausforderer: Kemal Kiliçdaroğlu von der CHP ist der Kandidat der „Sechsertafel“.

Hinzu kommt, dass Erdoğans autokratischer Kurs und die Wirtschaftskrise in großen Teilen der Bevölkerung eine Wechselstimmung erzeugt haben. Die Inflation liegt möglicherweise bei 70 Prozent, die noch vor kurzem offiziell angegebene Zahl von 57 Prozent wird von Fachleuten angezweifelt. Millionen von Jung- und Erstwählern werden eine wichtige Rolle spielen. Es ist Erdoğan und der AKP nicht gelungen, eine „fromme junge Generation“ von Türken zu formen; die Jungen, Frauen und Männer, wollen Demokratie und Pluralismus.

Nach dem jüngsten verheerenden Erdbeben sind überdies Spekulationen aufgekommen, ob es Erdoğan und der AKP jetzt nicht so ergehen könnte wie den vor mehr als 20 Jahren regierenden Alt-Parteien, deren Versagen bei der Bewältigung der Folgen des Erdbebens von 1999 – damals starben 17 000 Menschen – den Aufstieg Erdoğans und der islamistischen „Gegenelite“ möglich machte. Damals erwiesen sich die gut organisierten Islamisten, einschließlich ihrer Bürgermeister, als effektiv. Ihre Galionsfigur war Istanbuls Oberbürgermeister Erdoğan, den die Regierenden zudem unter fadenscheinigem Vorwand – er hatte ein Gedicht des Nationalisten Ziya Gökalp zitiert – wegen angeblichen „Verstoßes gegen die laizistische Ordnung“ – durch die Justiz kaltstellen ließen.

Die heutige Lage scheint ähnlich. Die Kritik am Umgang mit den Opfern des Bebens ist schärfer geworden. Die AKP-Regierung habe die Bewältigung der Folgen monopolisiert, inländische wie ausländische Hilfsorganisationen behindert und ähnlich versagt wie die Regierenden damals. Und man wies auf die Korruption in der türkischen Bauwirtschaft hin, die lange Zeit den Kern von Erdoğans Wirtschaftspolitik ausgemacht hatte. Mangelnde Kontrolle durch die Behörden, Schlamperei und Vetternwirtschaft hätten die Zahl der Todesopfer unverhält-

Foto: picture alliance/dpa | Frank Rumpenhorst

nismäßig in die Höhe steigen lassen. Dass Erdoğan den populären oppositionellen Istanbuler Bürgermeister Ekrem Islamoğlu nun – ähnlich, wie ihm das selbst widerfahren war – durch die Justiz ins politische Abseits stellen wollte, dürfte bei vielen Wählern das Maß vollgemacht haben.

Richtig ist freilich auch, dass Erdoğan die Türkei länger geprägt hat als Atatürk, der nach 15 Jahren an der Spitze des Staates 1938 gestorben war. Erdoğan ist seit knapp 30 Jahren eine führende Figur der Türkei, Repräsentant des politischen Islam, der das Scheitern der weltlichen Parteien geschickt ausnutzte. Die waren damals im Sumpf des „Tiefen Staates" (derin devlet) versunken, einer Mischung aus Regierungshandeln, Aktivitäten der Armee, des Geheimdienstes und der Mafia.

Als er zusammen mit Abdullah Gül 2001 die AKP (Partei der Gerechtigkeit und des Aufbaus) gründete, durchlebte das Land eine schwere Wirtschaftskrise. Die AKP war damals so klug, ein liberales Wirtschaftsprogramm zu adaptieren, das der parteilose Ökonom Kemal Derviş entwickelt hatte. Die AKP siegte bei den Wahlen 2002 überzeugend. In den Jahren nach 2000 erlebte die Türkei einen – aus heutiger Sicht einseitigen – Wirtschaftsboom, der aber den ärmeren Leuten zugutekam, vor allem in den Städten Anatoliens, wo man bald davon sprach, im Zeichen des Islams sei ein „islamischer Calvinismus" im Entstehen. Und die AKP setzte Zeichen der Demokratisierung, die Todesstrafe wurde in Friedenszeiten abgeschafft, der übermächtige Einfluss des Militärs beschnitten, unter dem Außenminister Ahmet Davutoğlu verfolgte Erdoğan eine Politik der „Strategischen Tiefe", eine Hinwendung zu den muslimisch geprägten arabischen Nachbarn. Zwar scheiterte diese „neo-osmanische" Ausrichtung, doch diskutierten – am Vorabend der „Arabellion" – arabische Intellektuelle in Damaskus und Kairo über das „Modell AKP".

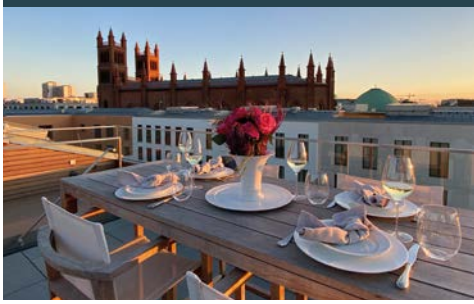
Erdoğan ist seit knapp 30 Jahren eine führende Figur der Türkei, Repräsentant des politischen Islam, der das Scheitern der weltlichen Parteien geschickt ausnutzte.

Spätestens seit 2012 war dann zu beobachten, wie die AKP ihre Macht zementierte und dass Erdoğan immer selbstherrlicher wurde. 2013 ließ er Demonstrationen gegen ein Bauprojekt im beliebten Istanbuler Gezi-Park mit Gewalt niederschlagen – ein Wendepunkt. Immer öfter nannten ihn viele den „Sultan". Erdoğan überwarf sich mit der religiösen Gülen-Bewegung, die den Islam durch Erziehung und Bildung, nicht durch Repression über das „Religionsminis-

HUMBOLDT LOUNGE

DIE EXKLUSIVE EVENT-LOCATION VIS-À-VIS VOM STADTSCHLOSS

WWW.HUMBOLDTLOUNGE.COM



No3 SCHINKELPLATZ BERLIN

+49 30 206 482 99
contact@no3-schinkelplatz.com

SCHINKELPLATZ 3
10117 BERLIN

Der ideale Ort für hochkarätige geschäftliche Events

No3 Schinkelplatz ist die einzigartige Kombination aus luxuriösen Residenzen zum Wohnen auf Zeit und der Humboldt Lounge als einmalige Eventlocation. Beste Vorraussetzung um Ihnen und Ihren Gästen ein unvergessliches Erlebnis zu bieten.

Die Humboldt Lounge mit ihren 361m² steht für modernes Design, beeindruckende Ausblicke, erstklassigem Service und einer einmaligen kulturellen Vielfalt, die nur in Berlin zu finden ist.

Humboldt Lounge
Für alle, die das Besondere lieben.

- 3 großzügige Balkon Logen mit Schlossblick
- 2 einzigartige Belvedere mit 360 Grad Blick über die historische Mitte Berlins
- Ideal für Stehempfänge bis zu 80 Personen und Private Dinings bis zu 12 Personen
- Zusätzliche Catering- und Outdoorküchen

terium“ festigen wollte. Zunehmende Schikanen gegenüber der Presse führten dazu, dass von einer freien Berichterstattung oder gar Kommentierung im Land nicht mehr die Rede sein kann. Über eine abhängige Justiz wurden bekannte Journalisten wie Can Dündar oder der Deutsch-Türke Deniz Yücel und etliche andere unter Vorwänden – sie unterstützten die kurdische Terrororganisation PKK – verurteilt. Die kurdische Region im Norden Syriens wird heute – Resultat auch der ungelösten Kurdenfrage – von der türkischen Armee kontrolliert.

Ein gescheiterter Putsch von Teilen der Luftwaffe im Jahre 2016, von dem der Geheimdienst offenbar früh Wind bekam, lieferte Erdoğan weitere Vorwände, um die Schraube der Einschüchterung von Journalisten und Schriftstellern, wie Aslı Erdoğan, weiter anzuziehen. Flüchtlinge und die ungelöste Kurden-PKK-Frage dienen Erdoğan dazu, die EU und die Nato in Schwierigkeiten zu bringen. Dass die Wähler es der Regierungspartei und dem Präsidenten anrechnen werden, dass die Türkei mehr Flüchtlinge aufgenommen hat als andere, ist angesichts der sich häufenden Probleme kaum zu erwarten. Das gilt auch für die durchaus akzeptable Rolle, die Erdoğan im Krieg zwischen der Ukraine und Russland als Moderator zu spielen versucht. Die schlechte Wirtschaftslage und die fortgeschrittene Repression – Oppositionelle sprechen offen vom „Palast“, wenn sie Erdoğan meinen – werden diese Wahl prägen wie kaum ein anderes Thema.

Sollte Erdogan fallen, stünde die Türkei noch immer vor den genannten Problemen, doch eine Rückkehr zu Demokratie, Pressefreiheit und Pluralismus wäre wohl sicher. Auch das Verhältnis zu EU und Nato würde sich entkrampfen. ■

Wolfgang Günter Lerch war mehr als drei Jahrzehnte lang Redakteur und Reisekorrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* für Nordafrika und den Vorderen Orient. Zuletzt erschienen „Mein Orient. Begegnungen mit Morgen- und Abendländern“ und „Begegnungen mit der Türkei. Geschichte, Kultur, Politik. Fünf Jahrzehnte zwischen Bosporus und Ararat“, jeweils bei Frank & Timme.

POSTSKRIPTUM

Von **Lutz Lichtenberger**

Achsenverschiebung

Vor zwanzig Jahren erfand ein Redenschreiber des US-Präsidenten George W. Bush die *Achse des Bösen*. Sie bestand aus Irak, Iran und Nordkorea.

Die Weltgeschichte seit 2003 lässt sich, wenn man es auf Verknappung anlegt, so erzählen: Die USA verquickten ein Bündel disparater Motive. Da war die angebliche Gefahr irakischer Massenvernichtungswaffen, die in einem Präventivschlag beseitigt werden sollte. Heute wird die Absicht etwas zu selbstherrlich in Abrede gestellt, aber ebenso gab es unter den neokonservativen Vordenkern den Wunsch, wie unzulänglich und vermessen auch immer, das diktatorische und brutale Regime Saddam Husseins zu beenden und das Land zur Demokratie zu machen. Und schließlich bestand in der Bush-Regierung der Wille, den „unipolar moment“ (Charles Krauthammer) auszunutzen, im Überschwang des damaligen Gefühls, in Afghanistan einen „Sieg“ eingefahren zu haben – unvergesslich, wie Bush „mission accomplished“ an Deck eines Flugzeugträgers verkündete: Die USA als einzige Weltmacht! Die nebenbei auch noch sicherstellt, eine gewisse Kontrolle über große Mengen Öl zu behalten.

Der erwähnte Redenschreiber ist David Frum, der nach seiner Zeit im Weißen Haus zu einem der interessantesten Kolumnisten in den USA wurde und heute für *The Atlantic*, eine überaus geistreiche Mischung aus *Spiegel* und *Merkur*, schreibt. Als gemäßigter Konservativer vertrat Frum die intellektuelle republikanische Linie, provokant, aber eben doch Lichtjahre entfernt von der Vulgärlinie der Partei, die schon vor Donald Trump die Meinungsführerschaft übernommen hatte. Mit Trumps Aufstieg brach Frum entsetzt mit den Republikanern, schrieb so elegant wie kraftvoll gegen den Irrsinn an – und blieb, anders als so mancher *Never Trumper* des Jahres 2016, unnachgiebig bei seiner Haltung.

Frum hat diese Woche nun, sehr vorsichtig, versucht, dem Irak-Krieg positive Seiten abzugewinnen. Er kontrastiert die brüchige, aber leidlich friedliche Lage dort mit der in Syrien, wo wie in Bagdad einst eine Familiendynastie ihr Terrorregime gegen die Bevölkerung aufrechterhalten konnte und weiterhin die eigene Clique bereichert und die religiöse Mehrheit unterdrückt. Wie Saddam gegen die Kurden in den 1980er-Jahren, habe Baschar al-Assad Giftgas eingesetzt und den Aufstand mit äußerster Gewalt niedergeschlagen. Iraks Rückkehr an die internationalen Ölmärkte beschere immerhin 7 von 40 Millionen Irakerinnen und Irakern ein staatliches Gehalt oder eine Pension.

Politisch, da lässt Frum keinen Zweifel aufkommen, war der Krieg eine Katastrophe. Trump habe sich nachträglich erfolgreich als Gegner des Krieges inszenieren können – jener symbolische Bruch mit dem parteiübergreifenden außenpolitischen Establishment sei ein nicht zu unterschätzender Faktor für dessen Popularität gewesen.

Der Krieg im Irak, bemüht sich Frum ausführlich zu zeigen, sei keine „ehrliche Rechtfertigung“ für die Untaten Russlands, des Iran oder Chinas Haltung gegenüber Taiwan: „Aber er bot eine Gelegenheit und sie haben sie genutzt.“

Schließlich erkennt Bushs einstiger Mitarbeiter aber die wichtigste Lehre in einer Warnung vor Gruppendenken und Selbsttäuschung. Voraussetzung war die Annahme, ein *regime change* im Irak sei günstig, einfach und stoße nur auf geringen Widerstand. Im inneren Zirkel um George W. Bush und Vizepräsident Dick Cheney, zu dem ja auch Frum gehörte, habe man sich anschließend von allen Gegeninformation abgeschottet, „bis es zu spät war.“ ■